

Sachdokumentation:

Signatur: DS 762

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/762



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Weil illegalen Einwanderern aus Schwarzafrika der Zugang nach Europa zunehmend erschwert wird, will Bundesrätin Sommaruga die Abgehaltenen neuerdings per Flugzeug in die Schweiz holen. Auf dass die Öffentlichkeit diesen Plan leichter schlucke, werden der Schweiz die Zahlen der Einwanderung per «Familiennachzug» seit Monaten vorenthalten. Die Interessen einwanderungswilliger Afrikaner werden zu Bundesbern auf stossende Weise offensichtlich höher gewichtet als jene der Schweizer Gemeinden.

Gratis-Flugtransport für illegale Einwanderer

Honiglecken für Passfälscher

Von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Endlich zeigen jene Anstrengungen Früchte, die darauf abzielen, den nicht abbrechenden Migrantstrom aus Schwarzafrika zu stoppen, bevor die angeblichen Flüchtlinge auf dem Mittelmeer in Seenot geraten und gerettet werden müssen.

Was aber unternimmt die Schweiz, seit in Nordafrika die Massnahmen zur Eindämmung des Migrantstroms greifen? Bundesrätin Sommaruga verkündet ihre Absicht, Flugzeuge zu schicken. Da in Nordafrika die Zugänge zum Meer gesperrt werden, will sie den sich als Flüchtlinge ausgebenden Zuwanderern in unseren Sozialstaat das Überfliegen der Grenzsperrn insbesondere in Libyen ermöglichen – auf Steuerzahlers Kosten selbstverständlich. Als wäre es Frau Sommarugas höchste Pflicht, die Sozialhaushalte möglichst aller Schweizer Gemeinden dem Kollaps auszusetzen. Und gleichzeitig den Schleppern, die sich aus der erfolgreichen Durchschleusung illegaler Einwanderer Millionenvermögen verdienen, das lukrative Geschäft zu erhalten.

Kontrolle ist untersagt

Man ist sich in der Schweiz weitgehend sicher, dass bezüglich der erfolgreich in die Schweiz gelangten illegalen – in keiner Weise «an Leib und Leben bedrohten» – Einwanderer sehr viele (handfeste Zweifel bestehen bei deutlich über fünfzig Prozent) mit falscher, nämlich bei Schleppern gegen teures Geld gekaufter Identität hier weilen.

Was diejenigen betrifft, die sich als minderjährig ausgeben und deswegen in den Medien besonders gehätschelt werden, so werden um die neunzig Prozent der gelieferten Identitäts-Angaben angezweifelt.

Genauere Erkenntnisse könnten DNA-Analysen liefern. Aber die hiesige, von der illegalen Einwanderung kaum weniger profitierende, bedeutendes Wachstum verzeichnende Asylbürokratie hat durchgesetzt, dass solche Abklärungen «entwürgend und daher menschenrechtswidrig» seien – während vorsätzlicher, tausendfacher Asylbetrug auf Kosten der Schweiz achselzuckend hinzunehmen sei.

Chancen für Schlepper

Für die Schlepper brechen goldene Zeiten an – zumal Bundesbern behauptet, die Gratisflüge seien allein solchen reserviert, die sich mit glaubwürdigen Papieren einerseits, als offensichtlich bedroht andererseits ausweisen können. Wer als Schlepper dazu passende Biographien liefern kann, dürfte sein Geschäft künftig also noch gewinnträchtiger als bisher betreiben können. Sommarugas Überflug-Offensive entpuppt sich als Honiglecken für Passfälscher.

Auch in der Schweiz findet – gelenkt von Bundesbern – offensichtliche Wahrheitsverfälschung statt: Es kämen viel weniger Flüchtlinge an als in früheren Jahren, verbreitet das Departement Sommaruga, weswegen die Schweiz mehr «Härtefälle» aus Unruheländern aufnehmen könne als während des Grossansturms in den vorangegangenen Jahren.

Angeblicher «Familiennachzug»

Dass alle, also auch die neue Kategorie der als Flugzeugpassagiere Ankommenen, deren Aufenthalt in der Schweiz von Bundesbern «legalisiert» wird, Anspruch auf «Familiennachzug» anmelden können, dass diese Möglichkeit tausendfach genutzt wird – dazu verhindert Frau Sommarugas Departement derzeit die Verbreitung aller genaueren Zahlen.

Wer als «Familiennachzug» in die Schweiz kommt, reist verständlicherweise – da seine Anwesenheit hier bereits legalisiert ist – nicht mit auseinanderbrechenden Booten übers Mittelmeer. Er wird auch nicht einem Auffang-Zentrum zugeteilt. Diese Einwanderer ziehen direkt zu ihren «Verwandten». Also dorthin, wo diese schon untergebracht sind.

Gemeinden schlagen Alarm

Von vielen Sozialhilfe-Verantwortlichen aus betroffenen Gemeinden werden bereits erhebliche Zweifel geäussert, ob alle, die als Familiennachzug einreisen, wirklich zur Familie derer gehören, die ihnen die Einreise ermöglicht haben. Auch dazu würden DNA-Analysen Klarheit schaffen. Aber solche sind offiziell als «entwürdigend» anerkannt worden, daher als angebliche «Menschenrechtsverletzungen» verboten. Dass damit das Tor zu tausendfachem Asylmissbrauch geöffnet wird, schert diejenigen, die am Familiennachzug auch verdienen, verständlicherweise nicht.

Deshalb erwachsen den Schleppern auch aus dem Familiennachzug Chancen auf lukrative Geschäfte: Verwandtschaften können – gegen entsprechende Bezahlung – auch erfunden werden. Papiere dazu versprechen hohe Einnahmen. Die hohen Kosten werden bereitwillig geleistet, schliesslich winkt für den Rest des Lebens ein Dasein ohne Arbeit und Anstrengung – auf Kosten der Sozialhilfe einer Schweizer Gemeinde.

Weil bis jetzt nur die Gemeinden, die von solchem «Familiennachzug» beglückt werden, die davon ausgelöste Entwicklung wahrnehmen, wird die Zahlenverschleierung Bundesberns zur tatsächlichen Einwanderung erst mit Verspätung tatsächengerecht zur Kenntnis genommen. Das schafft den Profiteuren des Asylrechts-Missbrauchs gewinnträchtigen Vorsprung.

Bald unbezahlbar

Den Gemeinden aber wird allmählich klar: Es droht nichts weniger als die Ausplünderung der Sozialwerke. An den Arbeitsmarkt vermittelbar sind die wenigsten dieser Ankömmlinge. Der Bund bezahlt für sie bloss am Anfang. Danach liegt die ganze Belastung bei den Gemeinden. Weil die Einwanderer von der Sozialhilfe angenehm leben können, entwickeln die wenigsten dieser illegalen Zuwanderer echte Anstrengungen, ihr Leben selbstverantwortlich zu gestalten und zu finanzieren. Kein Gemeindehaushalt dürfte die aus dieser Faktenlage ausgehende Entwicklung auch nur einigermassen schadlos überstehen.

Um so mehr verstärkt sich der Eindruck: Zu Bern diktieren Politgrössen das Geschehen, die zwar bei Amtsantritt auf die Schweiz einen Eid abgelegt haben. Seit sie im Amt sind, scheinen sie ihre Tätigkeit indessen vor allem darauf auszurichten, das eigene Land und seine Bewohner auszunehmen – allenfalls bis zur Zerstörung der Schweiz mit all ihren freiheitlichen Errungenschaften.

Ulrich Schlüer